

SOCIOLOGY IN SWITZERLAND

Democracy in Politics and Social Life

Liquid Democracy – Zwischen repräsentativer und direkter Demokratie Grundlagen, Umsetzungen und Diskussion bezüglich Chancen und Gefahren

Hernani Marques

Zürich, August 2011

Bibliographische Zitierung:

Marques Hernani: Liquid Democracy – Zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. In: Sociology in Switzerland: Democracy in Politics and Social Life. Online Publikationen. Zürich 2011..
http://socio.ch/demo/t_marques.pdf

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Theorie: Geistige Grundlagen der Liquid Democracy	5
2.1	Zum Begriff der Demokratie und deren Vertreter	5
2.2	Liquid Democracy - Begriff und Entstehung	8
2.3	Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie	10
2.4	Abgrenzung zur direkten Demokratie	12
2.5	Liquid Democracy als Konkretisierung einer partizipativen (deliberativen) Demokratie	13
2.6	Charakteristika der Liquid Democracy	14
3	Empirie: Praktische Umsetzungen der Liquid Democracy	15
3.1	Technische Gefässe: Soziale Werkzeuge zur Liquid Democracy-Praxis	15
3.1.1	Adhocracy.....	16
3.1.2	LiquidFeedback	16
3.2	Liquid Democracy in vivo	17
3.2.1	Piratenparteien	17
3.2.2	Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestags	17
4	Diskussion: Chancen und Gefahren der Liquid Democracy	18
4.1	Chance einer partizipativen (deliberativen) Demokratie vs. Gefahr einer Oligarchie	18
4.2	Chance einer transparenten Gesellschaft vs. Gefahr eines gläsernen Bürgers	21
4.3	Permanente Machtverschiebungen vs. konstante Machtverhältnisse	24
4.4	Keine Verantwortlichkeiten vs. klare Verantwortlichkeiten	24
4.5	Wuchernder Parteienschwung vs. (relativ) übersichtliche Parteienlandschaft	24
4.6	Digitaler Graben: Inklusion vs. Exklusion	25
5	Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen	26
6	Literaturverzeichnis	29

1 Einleitung

“We know from other accounts in the literature that people are collaborating to make art, music and computer code. But I argue that law must also recognize the way people are coming together, not just to create content, but also to create power.” (Noveck 2005)

Liquid Democracy (LD) ist spätestens seit der Emergenz von Piratenparteien (PP) ein bekanntes Konzept der Netzgemeinde dafür Politikverdrossenheit zu bekämpfen sowie die *Partizipation* aller Bürger der Gesellschaft zu erhöhen und damit nichts Geringeres als *wirkliche Demokratie* bzw. überhaupt *Demokratie* herzustellen - so zumindest die uns gebotenen Perspektiven von Verfechtern dieser *Demokratieform*.

Problematisch an vorhandener Literatur, die sich - spezifisch - mit Begriffen und Konzepten um den Ausdruck “Liquid Democracy” beschäftigt, ist, dass diese oftmals von den Verfechtern direkt stammt und selten eine selbstkritische Komponente enthält. Abgesehen von der mangelnden Distanz sind die Arbeiten auch selten von wissenschaftlicher (hier: soziologischer) Art. Das ist eine Lücke, die ich mit meiner Seminararbeit nach Kräften zu schliessen versuche, indem ich mich dazu verpflichte auch die *Gefahren* (und nicht nur die *Chancen*) der LD aufzuzeigen und wissenschaftliche Literatur beiziehe, wie wir sie im Seminar zu dieser Seminararbeit behandelt haben, mit der es gelingt LD von anderen Demokratieformen abzugrenzen und zu positionieren.

(Wirkliche) Demokratie hat liquide (flüssig) zu sein? Was hat es damit auf sich?

Kurzum lässt sich die LD als eine Form der Demokratie verorten, die sich zwischen *repräsentativer* und *direkter Demokratie* bewegt - und zwar *wortwörtlich*. Bürger sollen sich nicht nur vertreten lassen (können) - sondern eigens aktiv Politik betreiben (können). Sowohl einfache als auch komplexe Fragestellungen, die in *westlichen Gesellschaften* üblicherweise *allesamt* von einem gewählten Gremium¹ behandelt werden, sollen zurück auf den Marktplatz. Dem Allround-Politiker wird zunehmend die Fähigkeit abgesprochen über alle Sachfragen *sinnvoll* entscheiden zu können und das Internet wird als ein Instrument angeführt, das (verlorengegangene) Versammlungsprinzip von Urdemokratien (wieder) herzustellen (vgl. Verhulst/Nijeboer 2007: 13ff.). Auf Basis von konkreten Sachfragen soll jeder Bürger in Eigenregie entscheiden, ob er seine Stimme weitergibt oder sie direkt wahrnimmt.

An Stelle eines grossen Gremiums (ohne garantierte Expertise im Einzelfall) treten

¹ Normalerweise eine legislative Institution als Parlament.

- entstanden durch mannigfaltige Prozesse der *Delegation* und *Eigeninitiative* - zahlreiche dynamische Expertenzusammenhänge von unklarer (zeitlicher) Konstanz - im *Cyberspace* - zusammen, welche über Sachfragen in der Gesellschaft *debattieren* und *verfügen*. *Liquide* ist eine derartige Demokratie deshalb, weil es keine starren (festen) Vertretungsstrukturen gibt; jedem Bürger bleibt es vorbehalten jederzeit seine Stimme zurückzugewinnen und sich *eigeninitiativ* einem Thema anzunehmen. In Kapitel 2, in dem ich die theoretischen Grundlagen zu LD fassbar mache, führe ich abstrakt und breit aus, wie das *Verfahren* angedacht ist und welche konkreten Demokratieformen sich aus LD ergeben können. Ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit ist den theoretischen Grundlagen und der Verortung der LD gewidmet.

Wie angedeutet, fordern Netzpiraten² und andere Netzaktivisten LD nicht nur - sie *fördern* sie und entwickeln Praxisformen der LD. In Kapitel 3 meiner Arbeit will ich kurz mit *Adhocracy* und *LiquidFeedback* zwei soziale Werkzeuge präsentieren, mit welcher sozial-praktisch LD gelebt werden kann und auch wird - (privat) allen voran bei den Piratenparteien des deutschsprachigen Raumes oder (beim Staat) als "18. Sachverständiger" im Rahmen der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages. Durch qualitatives Vorgehen will ich aufzeigen, wie soziale Entscheidungsprozesse in einer LD verlaufen können und welche Versprechen der LD sich erfüllen bzw. welche Hürden sich (bereits) in kleineren sozialen Systemen ergeben, in der LD bisher (erst) existiert.

Es ist naheliegend, dass LD nicht *per se* einen "gesunden" Mix aus *repräsentativer* und *direkter Demokratie* herstellt, sondern je nach *Verhalten* der Bevölkerung eine (mehr) *repräsentative* oder (mehr) *direkte* Form von Demokratie (zu einem gegebenen Zeitpunkt) besteht. Es kann auch nicht (gänzlich) ausgeschlossen werden, dass die Bevölkerung (gewollt) über Delegation einigen Wenigen die Entscheidungsmacht überträgt, so dass eine *Oligarchie* erlebt würde.

Doch: Was ist daran auszusetzen, wenn die Bevölkerung dies so wünscht?

Solche und andere zu erörternden Punkte diskutiere ich in Kapitel 4 meiner Arbeit, die sich mit den *Chancen* und *Gefahren* der LD auseinandersetzt. Denn: LD befindet sich (trotz vorhandener Praxis) in einem (frühen) Diskussionsstadium. Diese Diskussion wird allen voran im *Cyberspace* und (auch) kritisch geführt. Sie ist in zahlreichen Wikis, Blogs, Audio- und Videopodcasts sowie Vorträgen erfassbar. Mein Ziel ist wichtige Punkte des Diskussionsstands darzulegen und meine eigenen Gedanken dazu zu äussern.

Meine Diskussionsfrage ist demgemäss: Was sind die Chancen und Gefahren von Liquid Democracy?

² Zu verstehen als Mitglieder der Piratenparteien (PP), vgl. Bartels (2009: 6ff.)

Mit meinem Erkenntnisgewinn, den ich am Schluss zusammenfasse, versuche ich mich vorsichtig und kritisch im Rahmen meiner Schlussbetrachtungen in einer Folgenabschätzung der Einführung von LD auf Staats- bzw. Weltebene; damit erlaube ich mir (mögliche) Perspektiven in den Raum zu stellen, die einer *globalen Demokratie* - durch LD - förderlich oder hinderlich sein können.

2 Theorie: Geistige Grundlagen der Liquid Democracy

2.1 Zum Begriff der Demokratie und deren Vertreter

„Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten verschieden, ohne aufzuhören, eine Demokratie zu sein.“ (Carl Schmitt 1961)

Demokratie ist ein lexikalisch-ambiger Begriff³, welcher je nach Weltanschauung verschieden genutzt werden kann. Im Seminar zu dieser Arbeit haben wir uns mit der „Demokratie und Oligarchie in sozialen Systemen“ beschäftigt. Dabei sind wir eingangs von einem Demokratieverständnis ausgegangen, welches liberaler Prägung ist, also der individuellen Freiheit grossen Spielraum verschafft und dem Staat eine möglichst kleine Rolle zuordnet. In *liberalen* Demokratien haben Bürger zudem das Wahlrecht, das ihnen erlaubt zu bestimmen, wer sie regiert (vgl. Giddens 2009: 995). Das ist ein *Demokratieverständnis*, welches *individualistischer* Prägung ist. Es ist aber auch eine Lesart denkbar, die eine *kollektivistische* Interpretation zulässt. So ist es kein Zufall, dass es bis heute Republiken gibt, die einen Begriff der *Demokratie* in ihrem Namen führen, die mit einem *liberalen* Verständnis von *Demokratie* wenig gemein haben (vgl. ebd.: 996). Als Beispiele können die (frühere) Deutsche Demokratische Republik (DDR) oder die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) gelten, welche *kollektivistischer* Verfassung waren bzw. sind. Bei solchen Republiken ist Demokratie so zu verstehen, dass dem *Kollektiv* eine höhere Bedeutung zukommt als dem *Individuum* - sie werden *autoritär* regiert (vgl. ebd.: 992ff.). Dies ist eng verknüpft mit der *Eigentumsfrage* und der Rolle der *Arbeit*, welche nach marxistischer Ideologie für die Beherrschten (oder: „Ausgebeuteten“ und „Unterdrückten“) der Gesellschaft zu entscheiden ist (vgl. Prott 2001: 135ff.). In der Praxis wird gesamtgesellschaftlichen bzw. kollektiven Interessen weitaus höheren Stellenwert beigemessen als individuellen Interessen. Das kann bis zu einem Punkt gesteigert werden - so z. B. in der nordkoreanischen Republik -, wo dem Einzelnen praktisch keine Bedeutung zukommt, und Konzepte wie Grundrechte, in allen ihren Ausprägungen bestenfalls auf dem Papier existieren; so etwa:

³ Lexikalisch-ambig ist ein Wort, wenn es verschiedene Bedeutungen hat.

- Recht auf Gesinnungs-/Meinungsfreiheit
- Recht auf Religionsfreiheit
- Recht auf Bewegungsfreiheit
- Recht auf Privatsphäre

Zwar sind diese Konzepte den Herrschenden dieser Länder nicht unbekannt, doch handelt es sich hierbei primär um liberale Rechte, die das Individuum im Blickfeld haben. Bei *liberalen* Volksherrschaften steht also die *individuelle Freiheit* im Mittelpunkt - bei *kollektiven* Volksherrschaften wird eine "Befreiung der Massen" vor der Willkür Einzelner angestrebt. Die Praxis deutet allerdings auf die Herausbildung einer elitären Oberschicht hin, die faktisch *oligarchisch* (in Herrschaft Weniger) regiert; nichtsdestotrotz: Bereits theoretisch steht im Zentrum dieser gesellschaftlichen Konzeptionen, die - wie erwähnt - nicht selten marxistischer Grundlage sind, ein (umfassender) *kollektiver Akteur* - die Arbeiterklasse. In der sollen alle individuellen Akteure einer Gesellschaft aufgehen und so (erst) befreit werden.

Diese o. g. Grundrechte sind in westlichen Industriegesellschaften zwar nicht immer in vollem Ausmasse gegeben bzw. sind (zwischenzeitlich) bedroht, doch sind das bekannte und grundsätzlich unumstrittene Konzepte, die Grundlage aller (weiteren) gesellschaftlichen Entwicklung sind. Einer solchen Denkschule hat sich z. B. die heutige *Sozialdemokratie* verschrieben, welche auf Grundlage einer *liberalen Gesellschaftsordnung* versucht ist *marxistische Ideale* - durch *Reform* mit den Mitteln (legitimer) Abstimmung - zu erreichen (vgl. Angster 2003).

Obwohl wir in unserem Seminar hauptsächlich von einem *liberalen* Begriff der Demokratie ausgegangen sind, haben wir zum Schluss der Veranstaltung den *liberalen* Demokratiebegriff ausgedehnt und in Betrachtung globalisierungskritischer Bewegungen auch Demokratieformen kennengelernt, die einen Spagat zwischen *individualistischen* und *kollektivistischen* Ansätzen machen; allerdings *ohne konkret* auf den einen oder anderen Ansatz abzustellen. Die "People's Global Action" (PGA), die wir näher betrachtet haben, stellt ein Netzwerk verschiedener *sozialer Zusammenhänge* dar, die sich sowohl gegen Staat als auch Wirtschaft, und jeder Form von Herrschaft bzw. Autorität sowie Diskriminierung überhaupt stellt und somit sowohl ausgeprägte *individualistische* als auch *kollektivistische* Demokratiekonzeptionen verwirft (vgl. Maiba 2005: 50ff.). Im Innern ist das Netzwerk von einer *Basisdemokratie* geprägt, die (möglichst) ohne formale Abstimmung den (vollen) Konsens sucht. Dies geht auf den ersten Blick zwar auf, doch sind die PGA und andere globalisierungskritischen Netzwerke und Bewegungen auch in keiner wesentlichen Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft begriffen, um feststellen zu können, ob solche basisdemokratischen Systeme sich besonderer *Legitimität* erfreuen. Fassbar ist, dass globalisierungskritische Netzwerke und Bewegungen *Protest-*

charakter haben und als *zivilgesellschaftliches Korrektiv* für Unzulänglichkeiten globaler Staats- und Wirtschaftspolitik betrachtet werden können. Ein konkretes Konzept, mit welchen Mitteln genau die Welt frei von Hunger, Ausbeutung und Herrschaft zu werden hat - wie also *soziale Gerechtigkeit* hergestellt werden soll - bieten diese nicht (vgl. Roth 2004: 58).

Wenn ich im Folgenden den Begriff der "Demokratie" verwende, so meine ich im Grundsatz seine *liberale* Lesart, welche sich (zuerst) auf individuelle Grundrechte abstützt und persönliche Freiheit in den Vordergrund rückt. In dieser Perspektive steht auch die in dieser Arbeit untersuchte *Liquid Democracy* (LD), welche nicht von einem (unfassbaren) Kollektiv ausgeht, sondern in der Initiative des Einzelnen und seinen Ideen den Schlüssel zu gesellschaftlichem Fortschritt sieht; und: Ob diese *progressive* Gesellschaft allumfassend liberal (gerade im Bereich der Wirtschaft) ist, oder nur in Teilbereichen, stellt keine Frage dar, deren Antwort LD inhärent in sich trägt - bzw. diese ist theoretisch mittels LD in allen Ausprägungen formbar. Es ist letztlich eine *politische Frage*, welche von der Bevölkerung - z. B. in einer LD - zu beantworten ist. Nur: Die Grundfesten von *Liquid Democracy* sind gefährdet, wenn gesellschaftspolitisch kein *Liberalismus* (bzw. keine liberale individuelle Freiheit) herrscht. Ein Beispiel: Die Wichtigkeit des "liberalen Guts" der Privatsphäre wird von Jessica Heesen im Zusammenhang mit der *liberalen* Gesellschaft wie folgt begründet:

„Liberale Gesellschaftsordnungen schreiben dem Schutz der Privatsphäre einen hohen Stellenwert zu, insbesondere deshalb, weil der Schutz der Privatsphäre eine notwendige Voraussetzung für den Schutz der persönlichen Handlungsfreiheit ist.“ (Heesen 2008: 234)

Im Gegensatz dazu sind *kollektivistische Gesellschaftsordnungen*, wie heute die KDVR oder Kuba, ausgeprägte Überwachungsgesellschaften, wo (deviantem) individuellem Handeln wenig Spielraum gelassen wird, insbesondere bezüglich der Gesinnungs- oder Meinungsfreiheit.

Aus dem Parteiprogramm der Piratenpartei Schweiz (PPS), welche mit zu der Bewegung der Piratenparteien gehört, die sich seit 2006 weltweit gegründet haben, geht dann auch der Punkt der Privatsphäre, respektive des Datenschutzes, als erster hervor - zusammen mit anderen (in grob) wichtigen Punkten -, die für eine breit-abgestützte gesellschaftliche Partizipation notwendig sind. Das gilt verstärkt hinblicklich der Maximierung der Freiheit eines jedes *Einzelnen* für das Leben in einer (zunehmenden) Informations- oder Wissensgesellschaft (vgl. PPS 2009):

- (Einsatz für) "Privatsphäre und Datenschutz"
- (Einsatz für) "Transparenz des Staatswesens"

- (Einsatz gegen) “Zensur” (sowohl staatlicher als auch wirtschaftlicher Akteure)
- (Einsatz gegen) “Infrastrukturmonopole und Patente” (in der wirtschaftlichen und rechtlichen Sphäre)
- (Einsatz für) “Open Access” (in Sachen *offener Standards*, Verfügbarkeit von Informationen und Werkzeugen oder (ausgebauter) öffentlicher Forschung mit frei verfügbaren Resultaten)
- (Einsatz zur) “Befreiung unserer Kultur (Urheberrecht)” (durch Reformation des Urheberrechts zu mehr konsumentenfreundlichen Konditionen)
- (Einsatz gegen Verbote von) “Mediale[r] Gewalt” und (Einsatz für) “Jugendschutz” (jeweils im individuell-freiheitlichen Sinne, oder: im Sinne der “informationellen Selbstbestimmung”)

Ich erachte dies an dieser Stelle deshalb als wichtig hervorzuheben, weil solche Programmpunkte die *kollektive Identität* insbesondere jener Gruppen darstellen, welche LD fordern - und das ist im besonderen Masse die Bewegung der Piratenparteien, die sich international im Rahmen einer Piraten-Internationale (“PPIInternational”) austauscht und koordiniert (vgl. PPI 2011).

2.2 Liquid Democracy - Begriff und Entstehung

Obwohl *Liquid Democracy* (LD) eine Wortschöpfung neueren Datums⁴ ist, sind die damit verbundenen Grundideen und -motivationen nicht neu; ihre ideellen Wurzeln können bis 1969 zurückverfolgt werden (vgl. Jabbusch 2011). Tatsächlich ist *Liquid Democracy* relativ synonym mit *Delegative Democracy* (Ford 2002a), deren Wahlverfahren das Prinzip des *Proxy Voting* (oder: *Delegative Voting*) kennt (Green-Armytage 2010: 2ff.; Ford 2002b). Dieses Element der LD ermöglicht (mindestens) eine einfache Ausprägung der *repräsentativen Demokratie*, d. h. ein Bürger kann entscheiden, die Stimme über eine Sachfrage einem anderen Akteur - einem sogenannten Proxy - zu delegieren. Dieser Proxy operiert sodann mit *einem* Stimmgewicht mehr. Konzeptionell kann dieser Akteur sowohl *individueller* als auch *kollektiver* Art sein. Das soll heissen: Falls ein Bürger keine Person seines Vertrauens kennt oder einem konkreten Politiker nicht vertraut, welcher angibt Experte in dieser Frage zu sein, so hat der Bürger auch die Möglichkeit einem *kollektiven Akteur* seine Stimme zu geben, die das Vertrauen genießt Expertise in dieser Sachfrage zu besitzen. Dieser *kollektive Akteur* entscheidet in einem innerorganisatorischen Prozess darüber, welche Person innerhalb des Kollektivs konkret dieses (eine) Stimmgewicht (verbunden mit seinem) annimmt und den Bürger letzten Endes konkret vertritt; diese Auswahl könnte ebenso mit - innerorganisatorischer - LD erfolgen. Darüber hinaus kann ein Proxy selber seine Stimme (verbunden

⁴ Der Begriff ist nach Recherchen von Jabbusch (2011) im Jahre 2003 erstmals im Internet aufgetaucht.

mit den auf ihn vereinigten Stimmen) redelegieren, so dass es theoretisch möglich ist, dass nur eine Person indirekt oder direkt (sehr) viele Stimmen (und damit Macht) auf sich vereinigt. Entsprechend kann ein solcher Proxy mit höherem Gewicht Entscheidungen fällen. Diese Macht, die ein Akteur auf sich vereinigen kann, ist zwar durch ihre Sachbezogenheit nicht allumfassender Natur, aber sie betrifft dennoch alle. Die Chancen und Gefahren dieser Tatsache diskutiere ich in Kapitel 4.

Ein wichtiges Kontrollinstrument ist speziell an LD und es unterscheidet LD von der üblichen repräsentativen Demokratie in besonderem Masse: Jeder Bürger kann jederzeit sein (weitergereichtes) Stimmgewicht zurückfordern und es einem anderen Akteur neu delegieren. Oder alternativ: Er kann sich der Sachfrage selber annehmen, zum *Einen* mangels Delegationsmöglichkeit (wegen z. B. Vertrauensbruch) oder zum *Anderen*, weil er (zwischenzeitlich) durch Diskussion, Lektüre und Reflexion das nötige (gefühlte) Know-How erlangt hat, um bei der gesellschaftlichen Herausforderung selber mitzuwirken. Diese letztgenannte Möglichkeit der (direkten) *Partizipation* wiederum rückt LD näher in den Bereich der *direkten Demokratie* (oder einer *Basisdemokratie*), wo die Bürger unmittelbar selber über die Sachfragen entscheiden, die sie betreffen. Der wichtige Unterschied ist eine erhöhte Wahrscheinlichkeit darüber, dass (einige der) Akteure mit vereinigten Stimmgewichten (und damit grösserer Machtausstattung) an einer Entscheidung arbeiten.

Im Detail kann LD sowohl von *repräsentativer* als auch *direkter Demokratie* genauer abgegrenzt werden, insbesondere Hinblicklich der derzeit in etwa Deutschland oder der Schweiz verfassten und praktizierten Formen. Dennoch wird (grob) bereits sichtbar, dass es sich bei LD konzeptionell um eine *Mischform* von vorhandenen Demokratiekonzepten handelt, die sowohl Wahl-, Vertretungs- als auch Partizipationselemente zulässt und zudem eine (praktische) Ausprägung haben kann, die sich ständig verändert; dies *ohne* über längere Zeit klare Grenzen aufzuweisen, oder eben - *flüssige (liquide)* - Grenzen zu besitzen. In Machtrelationen gedacht, lässt sich auch sagen: Die Machtverhältnisse verändern sich ständig innerhalb von den betreffenden *sozialen Felder*⁵, die der politischen Ordnung durch LD unterstellt sind. Es gibt nicht (nur) eine Legislative, die alle gesellschaftlichen Fragen bestreitet und eine gewisse Macht über alle ausübt, sondern jeder Bürger kann Beherrschender *und* Beherrscher zugleich sein, mit verschiedener Stärke (durch auf sich vereinigt Stimmgewicht) und in verschiedenen Feldern der sozialen Welt. Rein theoretisch ist es also nachvollziehbar, weshalb Verfechter der LD die LD als eine Möglichkeit sehen, die "Politikverdrossenheit", die sich z. B. an den hohen Nichtwähleranteilen in aktuellen westlichen repräsentativen Demokratien ausmachen lässt (vgl. Giddens 2009: 1000ff.), zu senken - gerade unter den Nichtwählern, die

⁵ Nach Pierre Bourdieu ist ein soziales Feld ein gesellschaftlicher Bereich, welcher sich durch (relative) Autonomie auszeichnet und ein gewisses Eigenleben besitzt - mit eigenen Spielregeln und Eintrittsbedingungen (vgl. Bourdieu 2001: 41ff.)

nach Verhulst/Nijeboer (vgl. 2007: 86) *direkt-demokratische* Entscheidungsformen mehrheitlich befürworten; insbesondere für die (möglichen) Gründe am Status quo (1) "sowieso nichts verändern zu können" oder (2) zu denken, dass die Politiker ohnehin machten, was sie wollten (vgl. Heinrichs 2003: 24ff.; vgl. Werner 2004). Es erscheint (theoretisch) *real* durch gezielte Stimmvergabe oder Selbstrepräsentation (mit erhöhtem Stimmgewicht) an der (festgefahrenen) Machtstruktur wesentliche Änderungen vorzunehmen. Möglichkeiten sowie Risiken, die sich durch diesen Umstand ergeben, sind Gegenstand von Kapitel 4.

2.3 Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie

„Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ (Michels 1970: 26)

Eine *repräsentative Demokratie*, welche die übliche Demokratieform *liberaler Gesellschaftsordnungen* westlicher Industriegesellschaften darstellt, hat (zumindest) folgende Charakteristiken:

1. Es besteht ein umfangreicher Grundrechtekatalog mit liberalen Gütern wie *Versammlungs-, Gesinnungs-, Meinungs- oder Pressefreiheit* (vgl. Giddens 2009: 508).
2. Anhand dieser Güter können sich Interessengruppen wie *politische Parteien* oder *Gewerkschaften* bilden, welche Partikulär- oder (umfassende, weltanschauliche) *Interessen* (breiter) Bevölkerungsschichten wahrnehmen können (vgl. Heinrichs 2003: 66ff.).
3. Es findet ein öffentlicher Diskurs über wichtige Themenkomplexe in der Gesellschaft statt, welcher in informationeller Hinsicht aber nur so gut und vollständig ist, wie die Medienlandschaft ist, über welche die Bevölkerung den Diskurs mitverfolgen kann (vgl. Green-Armytage 2010: 23).
4. Die Bevölkerung hat in *allgemeinen, freien, direkten* und *geheimen* Wahlen die Möglichkeit *politische Akteure*, die sich zur Wahl stellen zu wählen (*aktives Wahlrecht*) oder sich selber zur Wahl zu stellen (*passives Wahlrecht*). (vgl. Croissant 2002: 36ff.)
5. Die gewählten *politischen Akteure* werden in einem Parlament entsandt und gelten für eine definierte Wahlperiode als (offizielle) Volksvertreter. Die Wahlperiode ist z. B. von 4-5 Jahren. In dieser Zeit debattieren die Repräsentanten über alle *politischen Fragen* der Gesellschaft und verfügen - üblicherweise mittels Mehrheitsregel - darüber.

Im Unterschied zur *repräsentativen Demokratie* gebietet die *Liquid Democracy* (LD) keine "Zwangsrepräsentation", sondern die Repräsentation ist nur eine der Seiten der LD. Green-Armytage (vgl. 2010: 1) legt aus, dass in einer Demokratie, die das

Proxy-Wahlverfahren zulässt, die Repräsentation freiwilligen Charakter (“voluntary delegation”) hat, da der Bürger in einer LD sich einem Thema eigens annehmen kann. Dies wiederum ist in einer *repräsentativen Demokratie* nicht vorgesehen, da die gewählten Repräsentanten über alle Sachfragen in einem bestimmten Zeitraum debattieren und verfügen. Durch die Informationsdiffusion medialer Kanäle (Presse, Internet, TV, usw.) besteht zwar die Möglichkeit auf die Vertreter Druck auszuüben, doch sind diese nicht verpflichtet von ihren Vorhaben abzuweichen. Anders als in einer LD kann dem direkt oder über eine Partei gewählten Politiker die Stimme nicht unmittelbar entzogen werden. Die Bevölkerung muss in aller Regel bis zur nächsten Wahlperiode warten oder dermassen Druck (z. B. durch Demonstrationen oder Streiks) auf die Regierung ausüben, dass Neuwahlen ausgerufen werden. In einer (reinen) *repräsentativen Demokratie* entzieht sich der *politische Prozess* der Bevölkerung. Sie verliert ihre Souveränität darüber (vgl. ebd.: 2) und bleibt dem Prinzip “Hoffnung” ausgesetzt, dass die gemachten Wahlversprechen auch eingehalten werden.

Durch die Computerisierung der letzten Jahrzehnte verspricht sich Green-Armytage neue Chancen der Partizipation und schliesst eine Vereinbarkeit mit dem aktuellen politischen Strukturen nicht von vornherein aus (vgl. ebd.: 3). So schildert er (vgl. ebd.: 5) in Bezug auf James C. Miller III (geb. 25.06.1942) die Möglichkeit Positionen (mit Blick auf die USA) im Repräsentantenhaus und Senat mit denjenigen Proxy-Akteuren zu besetzen, die am meisten Stimmen auf sich vereinigen. Mit dieser Idee ist tatsächlich die Möglichkeit angezeigt *Liquid Democracy* unter Beibehaltung der aktuellen politischen Strukturen anzuwenden - abgesehen von den fixen Wahlperioden, die jetzt bestehen. Es ist denkbar, dass die Sitzungen (eingeschränkt) sachbezogen stattfinden und entsprechend andere Proxy-Akteure das gesamte Volk in den anstehenden Fragen vertreten. Zwar erhält das System damit (wieder) Charakter einer *repräsentativen Demokratie*, allerdings - durch ihre jeweilige Themenspezifität und stärkeren Kurzfristigkeit - eingebettet in einem Prozess der direkten Demokratie (ebd.: 17ff.). Es würde sich um eine Spielart der *Liquid Democracy* handeln, weil die Volksvertreter *nicht* fix für eine Wahlperiode und das gesamte Themenspektrum einer Gesellschaft dieselben wären.

In genaueren Ausführungen schlägt Green-Armytage (ebd.: 9) allerdings vor, dass ein delegativ-demokratisches System noch immer über (wenige) “legislators” (Legislativakteure) verfügen sollte, die für eine gewisse Zeit gewählt sind. Deren Aufgabe wäre es eine gewisse Kohärenz in Form und Inhalt der Gesetzgebung sicherzustellen - sie könnten aber mit geringer Macht ausgestattet sein, um dem (neuen) politischen System seine starke volksherrschaftliche Komponente zu belassen. Das Vertrauen in diese (koordinativen) Legislativakteure könnte von den Wahlberechtigten entsprechend (durch Wahl) ausgesprochen und damit legitimiert werden.

2.4 Abgrenzung zur direkten Demokratie

Eine *direkte Demokratie* lässt sich als eine Form der Demokratie charakterisieren, die in *Reinform* keine Fremd-, sondern nur Selbstrepräsentation kennt. Das o. g. Netzwerk der "People's Global Action" (PGA) ist von solcher Prägung. In einer *reinen* direkten Demokratie entscheiden alle Bürger über alle Themen; Voraussetzung für eine solche Form der Demokratie muss folglich sein, dass alle Bürger gleichermassen über alle anstehenden Themen *informiert* sind und über *genügend* Zeit verfügen sich in die Themen einzuarbeiten (vgl. Green-Armytage 2010: 1). In modernen westlichen Gesellschaften, die von hoher Arbeitsteilung und thematischer Komplexität geprägt sind, erscheint dies schwer praktikabel. Dennoch gibt es Länder, wie die Schweiz oder die USA (in gewissen Bundesstaaten), welche *direkte Demokratie* besitzen. Es ist allerdings festzuhalten, dass dieser *direkten Demokratie* - sowohl in der Schweiz als auch in den USA - mehr eine Kontrollfunktion zukommt, welche das Volk ausüben kann, wenn die Repräsentanten den Willen (kritischer Anteile) des Volkes nicht durchsetzen. Denn im Grundsatz besteht in diesen Staaten genauso *repräsentative Demokratie*. Nur: In der Schweiz z. B. untersteht jedes Bundesgesetz dem *fakultativen Referendum*. Durch die kritische Zahl 50'000 gültiger Unterschriften seitens Stimmberechtigter kann das Volk eine Volksabstimmung herbeiführen, wonach das Volk mit den Antwortkategorien "ja" oder "nein" (in Exklusion) das Gesetz befürworten oder verwerfen kann (Art. 141 Schweizerische Bundesverfassung). Abgesehen davon gibt es in der Schweiz auf Bundesebene die *Volksinitiative* (für Verfassungsänderungen), womit ein kritischer Teil des Volkes⁶ die Abstimmung über ein beliebiges Anliegen zur Abstimmung bringen kann (Art. 139), das *direkt* in die Bundesverfassung geschrieben wird oder gar deren Totalrevision verlangen kann (Art. 138). Zuletzt gilt das *obligatorische Referendum* für alle Fälle, wo das Schweizer Parlament⁷ eine Verfassungsänderung vornehmen will oder mit bestimmten Bedingungen Recht spricht, das nicht auf die Verfassung aufsetzt (Art. 140). Theoretisch hat das Volk in der Schweiz also immer das letzte Wort. Es kann eine Kontrolle über die Parlamentarier ausüben bzw. bestätigt oder verwirft im Einzelnen Entscheidungen.

Nach Green-Armytage (2010: 2) ist eine permanente und vollständige direkte Demokratie zeit-ineffizient und (mehrfach) redundant, da verschiedene Akteure (auf ein Sachthema bezogen) über (relativ) deckungsgleiche Ansichten verfügen. Eine *Liquid Democracy* kann hier mittels *Proxy Voting* Abhilfe schaffen. Der Autor führt dies wie folgt aus:

"So, suppose that I am poorly-informed on a given issue. If I know of someone who generally shares my values, and who is well-informed, then I can happily delegate to him, and my actual vote will tend to re-

⁶ In diesem Fall mit dem Zusammenbringen 100'000 gültiger Unterschriften Schweizer Stimmberechtigter

⁷ In National- und Ständrat

semble my theoretical vote-if-informed.” (ebd.: 18)

Wie weiter oben erwähnt, kann ein Stimmbürger auch einem *kollektiven Proxy* die Stimme delegieren, welcher ein *sozialer Zusammenhang* von Akteuren darstellt, der (ausgewiesene) Expertise in einer Sachfrage oder einem Themenkomplex besitzt:

“If I know of several people who share my values and who are well-informed, then I can put them on my virtual committee, and the expected deviation from my theoretical vote-if-informed should decrease even further.” (ebd.)

Im Falle des Themenkomplexes im Bereich des Internets könnte ein Bürger z. B. der Piratenpartei^{8J} seine Stimme delegieren, wenn er ihr vertraut im internen Aushandlungsprozess eine gute Vertretung für diese Fragen zu finden. Bei ausbleibender oder negativer Praxis kann er diesem kollektiven Proxy-Akteur aber immer seine Stimme entziehen.

Obwohl *direkte Demokratie* eine *hohe Legitimität* verspricht, sind mit ihr auch Schwierigkeiten verbunden. So kann nicht verhindert werden, dass *direkt-demokratisch* Beschlüsse gefasst werden, die übergeordneten oder “unveränderlichen” (“unveräusserlichen”) Rechten zuwiderlaufen, wie Völker- oder Menschenrechten (vgl. Verhulst/Nijeboer2007: 75; vgl. Kirchgässner 2009: 1ff.). In den letzten Jahren kam es in der Schweiz bekanntermassen zu diversen Volksinitiativen der Schweizerischen Volkspartei (SVP), welche das Volk gutgeheissen hat. Ihre Umsetzung erscheint schwierig, weil die Eidgenossenschaft internationale Verträge ratifiziert hat, die nun im Widerspruch zum *Volkswillen* stehen.

Zudem geraten - gerade in der Schweiz - Abstimmungen vor das Volk, die nicht alle von gleicher (umfassender) Wichtigkeit sind (vgl. ebd.). Es bestehen keine Werkzeuge diese in eine Rangordnung (nach Priorität) zu bringen. Es bleibt im Ermessen der Exekutive die Ausarbeitung von Gesetzen anzuleiten und diese kann nicht frei von politischen Ansichten betrachtet werden. Es kann angenommen werden, dass die Priorisierung mitunter (intransparenten) politischen Kriterien folgt.

2.5 Liquid Democracy als Konkretisierung einer partizipativen (deliberativen) Demokratie

Im Hinweis auf Jürgen Habermas (geb. 18.06.1929) schreibt Andreas Kost zum Begriff der “deliberativen Demokratie” Folgendes:

⁸ JWie beispielsweise dem Parteiprogramm der Piratenpartei der Schweiz (PPS) entnommen werden kann, behandelt diese einen nur (eingeschränkten) Bereich gesellschaftlicher Themen, die mit dem Internet im (engen) Zusammenhang stehen; vgl. PPS (2009).

„Die theoretische Strömung der deliberativen Demokratie verfolgt das Ziel, politische Entscheidungen an öffentlichen Meinungen zu binden, die durch rationale Diskussion bzw. diskursive Aushandlung (Deliberation) entstanden sind. Nur die Anbindung von Entscheidungen des politischen Systems an zivilgesellschaftlich artikulierte öffentliche Meinungen, so ein zentraler Ansatzpunkt der Theorie, kann den Anspruch auf demokratische Legitimität rechtfertigen. Deliberative Demokratie setzt dabei auf die aktive partizipatorische Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger.“ (Kost 2008)

Dadurch, dass in einer *Liquid Democracy* (LD) jeder Bürger angehalten ist seine Ideen einzubringen und sich (nach Kräften) um seine Anliegen zu kümmern, kann LD als eine Form der *deliberativen Demokratie* betrachtet werden. In Fragen, in denen eigene Expertise besteht, kann ein Bürger unmittelbar am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen und diesen mitbestimmen. In anderen Fragen kann er die Fragen anderen Experten überlassen und ihnen gegebenenfalls seine Stimme geben. In vollem Masse erscheint eine vollständige Partizipation eines jeden Bürgers in allen Themen, die ihn betreffen, als schwierig - bereits aus Zeigründen. Alleine die Möglichkeit zur Partizipation und zum (strukturierten) sachbezogenen Diskurs, welche eine LD durch geeignete soziale Werkzeuge^K - im Cyberspace - erlaubt, qualifiziert meiner Ansicht nach die LD als eine Form der *delibartiven* (oder: *partizipativen*) *Demokratie*.

2.6 Charakteristika der Liquid Democracy

Anhand der vorausgegangen begrifflichen Bestimmung und Abgrenzung gegenüber anderen Konzepten der Demokratie lässt sich *Liquid Democracy* (LD) schliesslich wie folgt charakterisieren:

1. LD erfordert Grundrechte, wie sie *liberalen Gesellschaftsordnungen* eigen sind; andernfalls ist ein *deliberativer Prozess* und *breite Partizipation* schwierig denkbar.
2. LD erlaubt *zugleich Fremdvertretung* und *Selbstvertretung* oder (weithin) *repräsentative* und *direkte Demokratie* zur gleichen Zeit.
3. Durch die Möglichkeit zur *Selbstvertretung* in (allen) Sachfragen ermöglicht die LD theoretisch (volle) *direkte Demokratie*.
4. Durch die Möglichkeit zur *Fremdvertretung* in (allen) Sachfragen ermöglicht die LD theoretisch (volle) *repräsentative Demokratie*.
5. Durch die Sachbezogenheit des Diskurses in einer LD verspricht diese jedem Bürger politischen Spielraum in seinem Spezialgebiet - und sich somit in einer hochdifferenzierten Gesellschaft nach Kräften einzubringen; LD verspricht die

effizientere Verwertung individueller Ideen als andere Demokratiekonzepte und kann damit als besonders *produktiv* betrachtet werden (vgl. Verhulst/Nijeboer 2007: 7).

6. In einer LD wird einem Vertreter (Proxy) das Mandat für keine fest-definierte (längere) Zeit vergeben. Das erhöht den Druck auf die Vertreter ihre Arbeit im Sinne ihrer "Wähler" zu erfüllen. Das erscheint als ein mächtiges Kontrollinstrument den politischen Prozess im Sinne des Volkswillens zu behalten.

Im folgenden Kapitel 3 möchte ich nun soziale Werkzeuge präsentieren, welche LD sozial-praktisch realisieren können - und damit ausgewählt aufzuzeigen, wie LD gelebt werden kann.

3 Empirie: Praktische Umsetzungen der Liquid Democracy

3.1 Technische Gefässe: Soziale Werkzeuge zur Liquid Democracy Praxis

Liquid Democracy (LD) im physischen Raum zu praktizieren, erscheint aus mechanischen (physischen) Gründen, welche zur Herausbildung der *repräsentativen Demokratie* geführt haben, kaum praktikabel zu sein; dies würde bedeuten, dass sich die (partizipativen) Akteure ständig face-to-face treffen müssten, um ihren (deliberativen) Diskurs zu führen. Diesen festzuhalten und zu einer gesamtgesellschaftlichen Position zu führen, würde lange Zeit beanspruchen und würde Akteure ausschliessen, welche sich - im einfachsten Fall - die verschiedenen Anreisen nicht leisten können. *Soziale Werkzeuge* zur LD-Praxis, welche am auffälligsten im Rahmen der Bewegung der *Free and Open Source Software* (FOSS) entwickelt werden, schaffen Abhilfe (vgl. Zimmermann 2004). Denn sie erlauben es den (textuellen) Diskurs im Cyberspace zu führen und machen Face-to-face-Versammlungen obsolet. In Ergänzung erlauben sie Schwächen, welche die *direkte Demokratie* in der Schweiz begleiten, auszumerzen: Es ist mit *sozialen Werkzeugen* zur LD wie "adhocracy" möglich Diskussionen zu strukturieren und ebenso nach Wichtigkeit zu ordnen; typische Phänomene, die im Internet auftreten, wie oder "Flaming" (vgl. Schönhagen 2004), können kontrolliert werden; dies wird dadurch erreicht, dass die einzelnen Beiträge der partizipierenden Akteure bewertet werden können. Zusätzlich ist der Diskurs, gegeben durch die Textform, inhärent schwach an Emotionen. Es können zwar "Emoticons" (vgl. ebd.) eingesetzt werden, um Gefühle auszudrücken, doch ist dies nur schwach möglich. Eine gewisse Sachlichkeit wird dadurch und durch den Fakt, dass durch die Textform alle mit gleicher Lautstärke sprechen, gesichert.

Bezüglich der *repräsentativen Komponente* der Demokratie, welche LD ausmacht, sind diese *sozialen Werkzeuge* mit der Funktionalität ausgestattet, um Stimmen an Proxy-Akteure individueller oder kollektiver Art zu delegieren. Über die Details der einzusetzenden technischen Verfahren wird sich im Internet weithin ausgetauscht, und diese hier auszuführen, würde den Rahmen dieser Arbeit in eine technische Richtung treiben, weshalb ich (bewusst) abstrakt und mit Blick auf das *Soziale* verbleiben muss.

3.1.1 Adhocracy

“Adhocracy” als soziales Werkzeug trägt den (erwünschten) Zweck als auch die (geforderte) Herrschaftsform bereits im Namen: Eine *Adhokratie* (engl. eben: “adhocracy”) soll unter Einsatz dieser Software möglich werden. Dabei setzt sich der Ausdruck aus den lateinischen Ausdrücken “ad hoc”^L und “cratein”^M zusammen und meint damit eine zweckorientierte Herrschaftsform, die sich “on the fly” (bei Bedarf) ergibt. Sie weist (naturgemäss) durch ihre lose, bedarfsorientierte Konstitution keine (klare) Führerschaft aus und hat Gültigkeit für einen (engen) Zweck und so lange bis dieser erfüllt ist. Eine *Adhokratie* kann auch als ein Gegenkonzept zu einer (formalverfassten, reglementierten) Bürokratie dargestellt werden, die umfassender (globaler) Macht ist (vgl. Travica 1999: 6ff.).

Die Parallelen zum theoretischen Konzept der *Liquid Democracy*, wie sie in Kapitel 2 ausgelegt sind, werden erkenntlich und mit einem Blick auf die Selbstdarstellung im Wiki des Projekts der Macher^{9N} final erschlossen:

Liquid Democracy ist nicht nur als Staatsform denkbar, sondern auch als eine neue Form des kooperativen Managements. So können Organisationen wie NGOs, Netzinitiativen oder Firmen durch einen demokratischen Prozess ihre Ziele, Strategien, interne Regeln oder Positionen entwickeln.

„Um derartige Dokumente über das Internet zu entwickeln ist eine besondere Software erforderlich. Die Software muss denen eine Stimme geben, die nicht die Zeit haben sich permanent in der Debatte zu engagieren. Entwürfe müssen gemeinsam entwickelt werden, ohne dass Internet-Phänomene wie Flamewars oder Trollen ein relevanter Einfluss zukommt.“ (Liquid Democracy e.V. 2011)

3.1.2 LiquidFeedback

LiquidFeedback (LF) ist ein Werkzeug, das von den Piratenparteien im deutschsprachigen Raum angestossen wurde und eingesetzt wird, um die innerparteiliche

^{9 N}Hinter “adhocracy” steht der deutsche Verein Liquid Democracy e.V., welcher sich der (theoretischen) Erforschung und (praktischen) Förderung der *Liquid Democracy* verschrieben hat

Demokratie zu stärken. Die Entwicklung wird vom Verein Interaktive Demokratie e. V. (2011) koordiniert. Wie "adhocracy" auch ist LF (als Freie / Open Source Software) im Quellcode verfügbar und somit in seiner Funktionsweise transparent und erweiterbar. "Feedback" im Namen der Software spielt darauf an, dass LF in wichtigster Hinsicht helfen soll, Rücksprache mit der Parteibasis zu halten. Meinungsbilder von Beschlüssen des Parteivorands, von Änderungswünschen von Parteimitgliedern an Grundsätzen der Partei oder anderen Anliegen sollen damit kurzfristig und breit möglich werden. Wie bei "adhocracy" ist damit nicht nur strukturierter Diskurs möglich, sondern es können (bei Bedarf) elektronisch Abstimmungen durchgeführt werden, um die Zustimmung über Sachverhalte festzustellen.

3.2 Liquid Democracy in vivo

3.2.1 Piratenparteien

"LiquidFeedback" (LF) wird z. B. von der Piratenpartei Schweiz (PPS) eingesetzt, um Face-to-face-Beschlüsse (nach klassischer Art von Parteien) vorzubereiten.

In dem Zusammenhang steht im Vorstandsprotokoll der PPS vom 2. Februar 2010 Folgendes:

„Dies ist ein guter Ansatz zur Meinungsbildung und Kollaboration. Endgültige Entscheidungen müssen aber stets vom zuständigen Organ gefällt werden. Argumente [sic!] die diese Lösungen als eVoting disqualifizieren [sic!] sind z.B. fehlende Anonymität der Stimmen, Manipulierbarkeit der Ergebnisse.“ (PPS 2011)

Es handelt sich hierbei um eine Meinung der Arbeitsgruppe "eVoting" der PPS, die sich mit LF als allumfassendes Werkzeug, also auch zu direkten Beschlussfassung über das Internet, beschäftigt hat. Die Diskussion der (technischen) Sicherheit von E-Voting-Systemen ist eine Diskussion, welche ich im Diskussionsteil (Kapitel 4) meiner Arbeit noch einmal (kurz) zur Sprache bringen. Wichtig ist festzustellen, dass selbst die PPS LF (bloss) als ein sinnvolles Werkzeug zur Diskussion und damit Positionserarbeitung ansieht, aber (noch) nicht vorsieht, die gültige Beschlussfassung mit sozialen Werkzeugen wie LF selber durchzuführen. Dafür bleiben die üblichen Organe der PPS zuständig, welche face-to-face operieren. Im Übrigen ist es den Statuten der PPS gemäss nicht anders als face-to-face möglich gültige Beschlüsse zu fassen; die verfassten legitimen Organe dafür sind alleine die Piratenversammlung (PV) oder die Universalversammlung (UV) - nach Art. 8 und 15 der Statuten (vgl. PPS 2011). Es ist also keine Möglichkeit verfasst (gültige) Abstimmungen elektronisch - im Sinne von E-Voting - durchzuführen.

3.2.2 Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestags

Der Deutsche Bundestag hat im Jahre 2010 die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" gebildet, welche sich mit (langfristigen) Fragen im Zusammenhang mit dem Internet und dessen Einfluss auf die Gesellschaft auseinandersetzen soll, um Handlungsempfehlungen zu Händen des Deutschen Bundestages zu sprechen (vgl. Deutscher Bundestag 2010).

Die Kommission ist interfraktionell und besteht aus 17 Sachverständigen der im Bundestag vertretenen Fraktionen. Jedem Sachverständiger ist ein externer Sachverständiger mit besonderer Expertise in Fragen des Internets und seiner sozialen Implikationen zugeordnet (vgl. ebd.). Speziell an dieser Kommission ist, dass ein "18. Sachverständiger" einberufen wurde, welcher als kollektiver Akteur daherkommt: Es handelt sich um die Internetgemeinde, d. h. aller Bürger, die sich im Cyberspace bewegen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit waren rund 1'800 individuelle Akteure aktiv, welche diese Gemeinde bilden (vgl. Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft 2011). Damit sich dieser kollektive Akteur strukturiert artikulieren kann und eine Position entwickelt, wurde unter <http://enquetebeteiligung.de/> eine Plattform eingerichtet, die auf (einer angepassten Fassung) des sozialen Werkzeugs "adhocracy" basiert. Damit wird erstmals (offiziell) auf Bundesdeutscher Ebene *Liquid Democracy* praktiziert. Bürger der Internetgemeinde entwerfen Stellungnahmen, verfeinern diese und stimmen sich über Sachfragen ab, die bestimmter Themenkategorien dieses Fragenkomplexes unterstellt sind. Es ist damit initiativen Bürgern, welche sich nie passiv (im Rahmen einer Partei) zur Wahl gestellt haben möglich sich zu Fragen dieses Fragenkomplexes zu äussern und sich auf konstruktive Weise für die Gesellschaft einzusetzen. Der Einfluss ist zu diesem Zeitpunkt nicht gut messbar, da das Stimmgewicht der 17 Sachverständiger des Bundestages deutlich überwiegt und unklar bleibt inwiefern sich diese vom "18. Sachverständiger" beeinflussen lassen. Es stellt aber ein (bescheidener) Anfang dar die Zivilgesellschaft durch *Liquid Democracy* Ansätze *qualitativ* an der Willensbildung einer Nation zu beteiligen, und damit der (informati-ons-/netzpolitischen) Zivilgesellschaft ein politisches Gefäss zu bieten seine *korrektive* Funktion einzubringen.

4 Diskussion: Chancen und Gefahren der Liquid Democracy

4.1 Chance einer partizipativen (deliberativen) Demokratie vs. Gefahr einer Oligarchie

In zweifacher Hinsicht stellt sich die *Gefahr*, dass sich mittels *Liquid Democracy* (LD) eine oligarchische Herrschaftswirklichkeit einstellt:

1. *Sozial* systembedingt dadurch, dass einzelne Akteure viel Stimmgewicht auf sich vereinigen können, d. h. von der Bevölkerung bewusst so bestimmt - und somit *gewollt*; das Problem ist *sozialer* Art.
2. *Technisch* systembedingt dadurch, dass zur Beschlussfassung elektronisch votiert wird und Wenige die Beschlussfassung (an der Diskussion vorbei) manipulieren; die Ergebnisse können nicht verifiziert werden. Gegen aussen wird die Fassade aufrecht erhalten, dass die Macht (beispielsweise) moderat verteilt ist - tatsächlich aber ziehen im Hintergrund technisch-versierte Akteure die Fäden und üben oligarchisch die *wirkliche* Macht aus.

Punkt 1 kann in Bezugnahme zu Robert Michels "eisernes Gesetz der Oligarchie" betrachtet werden. Es postuliert eine Evolution, die tendenziell in allen sozialen Systemen auftritt: Die Evolution, dass (vorerst) demokratische soziale Systeme mit der Zeit (mehr) oligarchische Strukturen annehmen, die zuletzt das System korrumpieren. Dies passiert beschleunigt durch zunehmende Mitgliederzahlen eines sozialen Systems und der Zunahme der Komplexität der zu entscheidenden Fragen (vgl. Burghardt 1980: 109ff.; vgl. Giddens 2009: 789). Mit Blick auf die *repräsentativen Demokratien*, welche heute die westliche Welt dominieren, erscheint dieses Gesetz sich zu bestätigen. In vielen *repräsentativen Demokratien* scheinen sich die (wirklichen) Machtstrukturen nicht gross zu verändern; es können (wenige) Akteure ausgemacht werden, welche die gesellschaftliche Wirklichkeit formen, so dass es nicht allzu gewagt ist von einer *Oligarchie* zu sprechen, die sich vielerorts etabliert hat. Die Oligarchisierung eines sozialen Systems mit der Folge ihrer zunehmenden Korrumpierung beginnt nach Michels mit der Bürokratisierung ihrer Organisation.

Der Schlüssel das Gesetz zu brechen, muss also darin liegen die Bürokratisierung und damit die (sich entwickelnde) Oligarchisierung nicht zuzulassen. Genau hier setzt z. B. "adhocracy" an. Gelingt es also den Akteuren Expertenzusammenhänge von nur vorübergehender personaler Zusammensetzung zu bilden, gefolgt von ihrem baldigen Zerfall, so besteht eine reale *Chance* das "eiserne Gesetz der Oligarchie" nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Die *Gefahr* besteht indes darin, dass die Akteure der *Liquid Democracy* sich *konstant* dazu entscheiden immer nur wenigen Akteuren ihre Stimme zu delegieren und somit zur *repräsentativen Demokratie* zu verkommen. Es erscheint allerdings unwahrscheinlich, dass sich eine (reine) *direkte* oder (reine) *repräsentative Demokratie* aus einer *Liquid Democracy* ausprägt. Wahrscheinlicher erscheint, dass in gewissen Themenfeldern sich mehr als in anderen oligarchische Strukturen herausbilden und festigen; das können Themenfelder sein, die von hoher Spezifität sind und viel Wissen erfordern, das nur von wenigen Akteuren der Gesellschaft aufgebracht wird. Die Lösung hierfür könnte lauten die (fortgeschrittene) Bildungsexpansion weiter auszubauen, um (ein gesundes) Informationsgleichgewicht (Im Idealfall: Informationsgleichheit) herzustellen. Eine wichtige Bedingung, die erst zur Bürokratisierung von sozialen Systemen beiträgt, stellt sich bei *sozialen Zusammenhängen*, die sich im Cyberspace zusammenfinden, ohne-

hin weniger: Das des physischen Raumes, das für zunehmende Mitgliederzahlen zusehends knapp wird.

Eine *Gefahr*, die sich durch den stark anti-bürokratischen Charakter von *Liquid Democracy*-Lösungen wie "adocracy" ergeben, können aber sein, dass sich (starke, fähige) Führerschaften, die der Lösung einer Sachfrage dienlich sein können, blockiert werden. Das kann insbesondere dann ein Verlust sein, wenn diese im Sinne ihrer (eigentlichen) Vertrauensbasis agieren würden, diese Vertrauensbasis aber im Bestreben Macht gleichgewichtig oder gar gleich auszugestalten, dem führungs-willigen und -fähigen Proxy die Macht entzieht. Das kann zum Punkt führen, dass jener mit der Demission (Mandatsniederlegung) drohen muss oder gar die Führung ablegt - aus Frust. Damit ginge der Gesellschaft eine gestalterische Kraft verloren.

Die zweite Dimension der *Gefahren*, die unabhängig des Volkswillens ist, betrifft eine mehr technische Sphäre. Es geht um die Diskussion über die Sicherheit von *E-Voting-Systemen*, d. h. elektronischer Abstimmungsverfahren, welche Resultate statt - wie üblich auf Papier - in einem zentralen Computersystem speichern und ausgeben. Die Frage ist eine des Vertrauens. Kann einem Resultat vertraut werden, das ein Computer präsentiert? Kann es sein, dass das Endresultat manipuliert wurde? Ist eine Nachzählung sinnvoll und (verfahrenstechnisch) nachvollziehbar; und gilt das auch für Akteure, die keine Computerexperten sind? Das sind Fragen, die sich insbesondere dann stellen, wenn Softwarelösungen zur *Liquid Democracy* nicht nur zur strukturierten Diskussion und Erarbeitung von Meinungsbildern eingesetzt werden, sondern zur konkreten und gültigen Abstimmung über Sachthemen, die in der Folge reale Konsequenzen für die Gesellschaft haben. Diese Fragen sind ferner dann von höchster Brisanz, wenn diese Entscheidungen eine Gesamtgesellschaft betreffen, wie sie ein Staat umfasst. Wenn E-Voting-Systeme im Rahmen eines Vereins eingesetzt werden, dann ist die Möglichkeit der Manipulation in erster Linie ärgerlich, aber nicht derart fatal, wie wenn das für ein Land wie die Schweiz oder Deutschland passiert. Es geht zuletzt um die *Legitimität* von Entscheidungen und die Zukunft eines Landes. Für diesen Fragenkomplex existiert eine Fülle von Kritik, z. B. vom schweizerischen Verein WA-CH (2011) oder seitens des CCC (2011), die mit technischer Argumentation die Sache erörtern.

Eine weitere spannende Frage betrifft die, ob *Liquid Democracy* in seinem Wesen die Partizipation auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erhöhen kann. In Gesers (2007) Aufsatz über "Die kommunale Milizverwaltung: Zukunfts- oder Auslaufmodell?" wird das Milizsystem der Schweizer Gemeinden analysiert und dabei die *Chance* für politischen Nachwuchs gesehen. Eine erhöhte politische Partizipation ist durch die kleinräumigen und niederschweligen Strukturen einfach; die Bürger erfahren, dass ihre Expertise gebraucht wird und sind motiviert sie einzusetzen. Bei LD fällt der physische Raum weg - an dessen Stelle tritt der Cyberspace, welcher die Erschaffung einer Gemeinschaftsstruktur im Sinne des "Global Village" (vgl.

Burkart 2009: 215ff.) erlaubt, d. h. ähnliche positive Effekte können sich im LD-System einstellen, wie auch beim Milizsystema auf Gemeindeebene - nur: Spiel- und Entscheidungsgräume sind weitläufiger. In Bezugnahme zur Schweiz können sich Bürger etwa auf Bundesebene treffen und Probleme behandeln, die von gesamtgesellschaftlicher Relevanz sind. Ähnliche positive Effekte wie auf Gemeindeebene sind denkbar, wie geringere Lohnkosten, die durch den Wegfall von Vollzeitstellen entstehen, da sie durch Freiwilligenarbeit partizipativer Akteure der Gesellschaft gedeckt werden. Es ist die Frage erlaubt: Sind Akteure nicht (noch) motivierter Entscheidungen mitzugestalten, die von übergeordneter Relevanz - etwa für die ganze Schweiz - sind? Die Niederschwelligkeit der Partizipation, zumal, ist durch das Wesen der Internet-Kommunikation gering.

4.2 Chance einer transparenten Gesellschaft vs. Gefahr eines gläsernen Bürgers

Bei sozialen Werkzeugen zu einer *Liquid Democracy* (LD), welche die Offenlegung der gesamten Delegationskette liefert, werden Zusammenhänge zwischen Akteuren klar; wird darüber hinaus auch das Abstimmungsverhalten und damit die Gesinnung und jede einzelne politische Meinung und die entsprechenden Voten transparent, so kann es passieren, dass Akteuren mit Vorurteilen begegnet wird und diese in ihren Entscheidungen von sozialer Erwünschtheit beeinflusst werden (vgl. Diekman 2009: 446ff.). Darüber hinaus kann die volle Transparenz auch negative (unerwünschte) Einflüsse auf Familie, Berufsleben, Karriere usw. haben - Gefahren, die sich in virtuellen sozialen Netzwerken wie "Facebook" bereits bewahrheitet haben, die einer vergleichbaren (öffentlichen) Transparenz sind (vgl. Dudas 2009). Das sind *Gefahren*, die sich durch eine volle Transparenz aller Akteure einer LD ergeben können. Zuletzt wird der Handlungsspielraum der Akteure tangiert, was bis hin zur Stimmenthaltung führen kann. Bezüglich der sehr transparenten sozialen Ausgestaltung des *LiquidFeedback*-Tools gab es innerhalb und auch ausserhalb der Piratenparteien Diskussionen, inwiefern eine Abwägung zwischen Datenschutz und Transparenz zu bewerkstelligen ist. Ursprünglich war *LiquidFeedback* so angedacht, dass jeder Benutzer mit all seinen Meinungen, Voten und Delegationsketten transparent gegenüber (zumindest) allen Teilnehmern des Systems ist, was partizipationshemmend wirken kann.

Denn: Wenn eine breitere Schicht der Bevölkerung, anstatt "nur" die (bisherigen) Politiker, in ihrem Denken, Fühlen und Handeln transparent gegenüber der gesamten (globalen) Gesellschaft werden, kann das ein Individuum angreifbar machen und in seiner Integrität verletzen. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass im politischen Diskurs (nebenläufig) private Informationen des eigenen Lebens, die besonders per-

sonenbezogen sind, bewusst¹⁰ oder unbewusst¹¹ preisgegeben werden, was (speziell) negative Folgen nach sich ziehen kann.

Im Gegenzug kann die Transparenz eines LD-Systems auch als *Chance* im Sinne einer (genauso) transparenten Gesellschaft aufgefasst werden: Soziale Zusammenhänge von gemeinsamen Interessen in der Gesellschaft können aufgedeckt und potenzielle “Machenschaften” zur Schau gestellt werden. Es erscheint unwahrscheinlicher, dass Korruption sich durchsetzt und (sich bildende) oligarchische Strukturen (lange) erhalten; je nach Sichtweise ist der Preis dafür aber hoch und die Folgen für alle Individuen und damit die (gesamte) Gesellschaft riskant. Es handelt sich um eine Frage in den Spannungsfeldern Transparenz und Anonymität oder Freiheit und Sicherheit.

Doch: Im gleichen Atemzug ist die Diskussion zu führen, inwiefern einer *Liquid Democracy*, die nur aus anonymen Voten, die womöglich auch stärkere Stimmkraft besitzen, vertraut werden kann, wenn niemand sieht, mit wem er “zusammenarbeitet”. In einem Dorf spielt die Nähe zu den Menschen eine wichtigen Rolle darin den Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Wenn nun in einem “globalen Dorf” jede Nähe fehlt, weil alle nur anonym existieren, so stellt sich die Frage, inwiefern die Motivation der Mitwirkung verbleibt. Schliesslich ist die Idee sich für das Gemeinwohl einzusetzen und nicht für nichts und niemanden zu kämpfen. Dafür muss sich ein Gemeinschaftsgefühl entfalten.

4.3 Permanente Machtverschiebungen vs. konstante Machtverhältnisse

In einer *Liquid Democracy* (LD) wird im Idealfall verhindert, dass sich (nachhaltig) gleiche Machtstrukturen erhalten. Dies kann zwar den politischen Prozess beleben, die Mitwirkung breiter Bevölkerungsteile begünstigen, andererseits wirtschaftliche *Gefahren* mit sich bringen. Denn: Welche Unternehmung investiert in ein Land, von dem unklar ist, ob es morgen noch Eigentumsschutz hat? Mangelnde Rechtssicherheit über längere Zeitperioden (oder wirtschaftlich ausgedrückt: Mangelnde Investitionssicherheit in einem Land) kann Wirtschaftswachstum hemmen (vgl. Barro 2000: 31ff.); dies wiederum kann eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge haben und extreme politische Lösungswege begünstigen, die dazu (besonders) legitimiert

¹⁰ ^O Ein Akteur mag sich der Folgen der öffentlichen (globalen) Lesbarkeit seiner preisgegebenen Informationen zwar bewusst sein, allerdings die Folgen dieser Handlung falsch einschätzen. Die potenziell negativen Folgen können erst Jahre später auftreten (vgl. Heesen 2008).

¹¹ ^P Ein Akteur mag das Bewusstsein (noch) nicht dafür haben, dass (1) alle Informationen öffentlich (und u. U. global-öffentlich) lesbar sind oder (2) in einem gegebenen Fall im Affekt handeln - und dabei Wissen um seine Person preisgeben, das ihm später zum Verhängnis werden kann (vgl. Heesen 2008).

mittels *Liquid Democracy* erfolgen. Diese Frage ist eng verknüpft mit der Frage, ob *Liquid Democracy* einen angemessenen Schutz von Minderheiten sicherstellen kann und ob es legitim ist, dass Mehrheitsentscheide für alle Fragenkomplexe gültig sind (vgl. Verhulst/Nijeboer 2007: 78ff.). Wenn z. B. Unternehmer, die in einem Land eine Minderheit darstellen, enteignet werden oder Ausländer für die Misere im Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht werden und durch einen (demokratisch-legitimen) Entscheid in Markt und Staat benachteiligt werden, so ist das eine Frage danach, ob eine Gesellschaft feststehende Grundwerte haben soll, die *nicht* "schlichtweg" durch Mehrheitsentscheide gekippt werden können. Es stellt sich die Frage nach der politischen Legitimation von Mehrheitsentscheiden (ebd.: 14ff.). Wichtige Punkte sind, dass Mehrheitsentscheide zwar reversibel sind, andererseits zu einem bestimmten Zeitpunkt der Gegenwart gefällt werden, welche die Folgen dieses Entscheids nicht unbedingt abschätzt. So mag es im Zuge einer Wirtschaftskrise (kurzfristig) sinnvoll erscheinen alle privaten Reichtümer in einem Land zu verstaatlichen und sie unter der Bevölkerung zu verteilen; wenn die gesamtgesellschaftliche Produktivität Jahre später dann aber stagniert oder gar negativ verläuft, so stellt sich die Frage, ob das nicht die (negativen) Folgen dieses Entscheids sind (vgl. Verhulst/Nijeboer 2007: 75). Dieser Entscheid ist zwar reversibel, aber ein Vertrauensschaden ist angerichtet, welcher private Investoren vorsichtiger stimmen dürfte in das Land unserer Betrachtung (erneut) zu investieren. Noch verheerendere Folgen sind denkbar für Entscheide, welche die Umwelt betreffen, wo irreparable Schäden denkbar sind, die mit einem (geistigen) politischen Entscheid materiell nicht korrigiert werden können.

Dieses Problem unklarer Zukunftsperspektiven, die mit einer *Liquid Democracy* kommen können, mögen damit behandelt werden, dass eine (starke) Judikative (in Deutschland z. B. ein Verfassungsgericht) besteht, die gewisse Entscheidungen für unzulässig erklärt. Dies ist aber auch mit Problemen verbunden, wenn das Gericht (zuoft) legislative Entscheide verwirft (vgl. Kirchgässner 2009: 4ff.). In Ländern, wie der Schweiz, wo keine Verfassungsgerichtbarkeit existiert bzw. das Volk selber über den letzten Stand der Verfassung verfügt, kann es womöglich von Nutzen sein gewisse Grundregeln zu definieren, die nicht zu übertreten werden dürfen. Die Frage dann ist: Wer hat die Legitimität diesen Sachverhalt festzustellen, wenn kein Verfassungsgericht existiert? Zusätzlich muss auch ein (relativer) Konsens in der Gesellschaft darüber bestehen, dass Minderheiten überhaupt zu schützen sind. Je nach politischer Situation besteht hierüber keine Garantie.

Wichtig an dieser Stelle ist festzuhalten, dass dies kein Problem ist, dass nur bei *Liquid Democracy* besteht, denn - wie weiter oben in Kapitel 2 bereits angeschnitten - befindet sich gerade die Schweiz mit ihrem gegenwärtigen System auch in dieser Zwickmühle. Es ist dies eine *Gefahr*, die politische Systeme haben, die eine *direkt-demokratische* Entscheidungskomponente besitzen.

Unter Umständen liegt die Lösung in einer gewissen "Volksbesänftigung" von (mäch-

tigen, kollektiven) Aussenakteuren, z. B. selber Staaten, welche mit Sanktionen bei Nicht-Einhaltung von gewissen Mindeststandards drohen oder diese zum Einsatz bringen; freilich ist dies aber kein sicherer Lösungsweg und eine konfliktreiche Perspektive, welche gegen Staaten spricht, die *direkt-demokratische* Elemente in ihrer Entscheidungsfindung besitzen.

4.4 Keine Verantwortlichkeiten vs. klare Verantwortlichkeiten

Liquid Democracy verspricht Potenzial zu wechselnder Führerschaft und damit erhöhte Motivation für viele (für einmal) Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Durch den (idealerweise) kurzfristigen Charakter und die starke Themenbezogenheit der Führerschaft erscheint es aber als schwierig Verantwortliche von Krisen oder von (groben) Fehlschlägen vollbrachter Politik auszumachen, da Kausalzusammenhänge schwieriger auszumachen sind. In einer Gesellschaft, die klar autoritär regiert wird, erscheint es als naheliegend und legitim die oberste politische Führungsebene für begangene Taten verantwortlich zu erklären. In einer *Liquid Democracy*, wo quasi jeder Akteur und doch keiner Verantwortung trägt, erscheint dies schwierig.

Wird zudem *Liquid Democracy* auch zur Bestimmung exekutiver Positionen in der Gesellschaft angewandt, die von ähnlich kurzfristiger Dauer und hoher Spezifität sind - ähnlich ihrer legislativen Pendanten, so kann es für Aussenstehende schwierig sein "Verantwortliche" zu erkennen. Andererseits kann dies so ausgemerzt werden, dass für die spezielle Funktion von Exekutivkräften dennoch eine normale Wahl durchgeführt wird, die von einigen Jahren Konstanz geprägt ist; entscheidend wird sein die Exekutivposition mit geringer Machtbefugnis bzw. mit rein repräsentativer Funktion auszustatten, um die bestehende Volksherrschaft nicht hintergehen zu können.

Und obschon eine *Liquid Democracy* interessante Wege zur Herausbildung von (Meinungs-)Führerschaften verspricht, besteht die *Gefahr* - wie bei der Schweiz auch - das solche Systeme einen gegen aussen schwachen Eindruck machen, weil sich nie eine klare und (absolute) Führerschaft herausbilden kann bzw. soll (dem Ideal nach).

4.5 Wuchernder Parteiendschungel vs. (relativ) übersichtliche Parteienlandschaft

In *repräsentativen Demokratien* herrscht bereits heute eine reiche Parteienlandschaft. Regierungsparteien sind andererseits oft nur wenige auszumachen und das sind die, welche die Bevölkerung (bevorzugt) wählt. In der Schweiz sind nur eine Reihe von Parteien von SP bis SVP (links bis rechts) staatstragend. Wähler

haben heute die Schwierigkeit eine Partei aussuchen zu müssen, die sie möglichst allumfassend vertritt. Das ist in vielen Fragen, wie der Sozial- oder Wirtschaftspolitik möglich, doch in anderen Fragen bleibt eine Diskrepanz bestehen. In einer LD würde die Rolle der grossen Parteien mutmasslich geschwächt und kleineren spezialisierten Gruppierungen Auftrieb gegeben. Realistischerweise müsste sich ein Bürger für die meisten Themen einen *individuellen Akteur* oder aber einen *kollektiven Akteur* seines Vertrauens aussuchen, welchem er seine Stimme gibt. Auf der einen Seite kann dies als *Chance* betrachtet werden, den (aktuell) herrschenden Gruppierungen Grenzen zu setzen, andererseits hätte jeder Bürger einen Mehraufwand sich seine optimale Vertretung auszusuchen. Welches Ausmass der neue "Parteienschwungel" annehmen würde, ist aber nicht alleine eine Herausforderung, die LD per se mit sich bringt, sondern ebenso eine Frage danach, welche (Fein-)Gliederung der Thematiken sich durchsetzt. Im Beispiel: Würden die gesamtgesellschaftlichen politischen Herausforderungen in 20 Bereiche eingeteilt, so wäre die Zahl der (wichtigen) Parteien nicht (wesentlich) höher als heute, aber der Spezialisierungsgrad dieser Gruppierungen wäre höher, was wiederum als *Chance* betrachtet werden kann. In der Schweiz können sowohl die Grünliberale Partei (GLP) als auch die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) und in besonders eingeschränkter Thematik die Piratenpartei Schweiz (PPS) als ausdifferenzierte Parteien betrachtet werden, die sich deshalb begründet haben, weil sich ihre Mitglieder in den vorgefundenen (staatstragenden) Parteien nicht (voll) repräsentiert gesehen haben. Dieser Prozess würde durch LD sehr wahrscheinlich verschärft.

Im Gegensatz zu den bestehenden parlamentarischen Systemen könnte andererseits jeder Bürger je nach Thema eine andere Partei als seine Vertretung bestimmen. Ein Bürger könnte z. B. seine Stimme für umweltpolitische Fragen (mit wirtschaftlicher Nähe) der GLP anvertrauen, in Ausländerfragen seine Stimme aber der SVP zusprechen. Die Begründung könnte sein, dass die SVP umweltpolitisch kaum ein Profil hat, dafür in Ausländerfragen eine vehemente und restriktive Politik anführt. So gesehen kann LD auch als *Chance* für die bestehenden Parteien gesehen werden, ihr Profil zu verschärfen und sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren, anstatt sich mit allen Fragen der Gesellschaft (mehr schlecht als recht) auseinanderzusetzen zu müssen.

4.6 Digitaler Graben: Inklusion vs. Exklusion

Da eine *Liquid Democracy* auf einen (textuellen) diskursiven Prozess basiert, welche Akteure begünstigt, die sich gewandt, rhetorisch geschickt und überzeugend mit viel Expertise ausdrücken können, werden jene begünstigt, die über ein hohes *kulturelles Kapital* verfügen (vgl. Bourdieu 1983: 183ff.). In gegenwärtigen Gesellschaften ist eine Bildungskluft aber nicht wegzudiskutieren, die dementsprechend Akteure (tendenziell) ausschliesst, die weniger gut gebildet sind oder sich schriftlich

nicht (angemessen) ausdrücken können. Es entsteht damit die *Gefahr*, dass eine Bildungselite die Meinungsführerschaft und damit die gesellschaftliche Macht inne hat und andere Akteure der Gesellschaft sich mit der Stimmdelegation begnügen müssen. Eine Perspektive aus dieser Gefahr kann u. U. eine technische Integration auch lautsprachlicher Diskursweisen liefern, die in das Textsystem transkribiert werden (vgl. Gibbon: 194ff.). Nichtsdestotrotz ist ein gewisser Bildungsstand unabdingbar, um sich sinnvoll in den Diskurs einzubringen, ansonsten verkommt die *Liquid Democracy* für kritische Teile der Bevölkerung zur Wahldemokratie (nur) durch Stimmabgabe. Die partizipative Komponente würden diese Bürger nicht nutzen (können). Das ist allerdings keine reine *Gefahr* der *Liquid Democracy*, denn in aktuellen Demokratie, insbesondere der (rein) *repräsentativen* Art, die den Charakter von "Wahldemokratien" annehmen, ist das ohnehin Wirklichkeit (vgl. Sarcinelli 2009: 235ff.)

Aus einer anderen Warte betrachtet, stellt sich die *Gefahr* eines intergenerationellen Konflikts ein, der darin besteht, dass es insbesondere jüngere, gut ausgebildete (oftmals männliche) Akteure sind (vgl. Geser 1996: 9/47), welche die modernen Informationstechnologien beherrschen; das - betrachtet im Zusammenhang mit der generellen Überalterung westlicher Industrienationen - kann bedeuten, dass kritische Teile der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt (tendenziell) einer *Liquid Democracy* verschlossen gegenüberstünden, da sie weniger gut mit den Informationstechnologien umgehen können, oder nicht willens sind sich diesen zu bemächtigen.

Ebenfalls hemmend zur (weiteren) Einführung der *Liquid Democracy* stellt sich die Frage des "digitalen Grabens" (engl. "digital divide"), welcher eine Schranke zwischen Menschen aufzieht, welche Zugang zum Internet haben und solche, die dem Cyberspace ausgeschlossen sind; das kann aus o. g. Wissensgründen (im mangelnden Know-How um ihre Nutzung) oder materiellen Gründen (im mangelnden physischen Zugang zum Netz) sein - z. B. in Entwicklungsländern (vgl. Geser 2011: 18). Diese Ebene der Exklusion trifft auf gefährliche Weise die globale Perspektive zu einer *Liquid Democracy*, welche im Cyberspace existieren könnte.

5 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen

„Wir wollen mehr Demokratie wagen [...]. Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ (Willi Brandt 1969)

In Konklusion ist festzustellen, dass *Liquid Democracy* in der Tradition verschiedener bereits bestehender Ideen zu (mehr) Demokratie steht, die zum Ziel haben den Ak-

teuren einer Gesellschaft mehr Möglichkeiten der Partizipation zur Verfügung zu stellen und dem Ideal einer deliberativen Gesellschaft näher zu kommen, welche mit strukturiertem Diskurs Positionen entwickelt, die von einer Gesellschaft als Ganzes getragen werden können.

Es gelingt die *Liquid Democracy* als eine Form der Demokratie darzustellen, welche Elemente (länger) bestehender Demokratieformen aufweist. Nicht nur jene für *direkte Demokratie* ausschlaggebende Selbstrepräsentation, auch das Wesen der *repräsentativen Demokratien* - die Fremdrepräsentation - ist möglich. Im Internet bereits existierende Sozial-Experimente der *Liquid Democracy* erlauben es beobachten, wie es möglich ist, dass Menschen kollaborativ und sachlich an (komplexen) Themenfeldern der Gesellschaft arbeiten - beispielsweise unter <http://www.enquetebeteiligung.de> auf Bundesebene in Deutschland; dort "treffen" sich Bürger der Netzgemeinde um Fragen des Internets und ihre sozialen Auswirkungen zu diskutieren und (daraufhin) *produktiv* gemeinsame Positionspapiere zu erarbeiten.

Durch die technischen Möglichkeiten, welche die globalisierten Kommunikationsnetze mit sich bringen, erscheint es heute greifbar mehr Demokratie auf dieser Grundlage zu wagen. Ferner kann es gelingen *Liquid Democracy* im Rahmen bereits bestehender *repräsentativer* und/oder *direkt-demokratischer* Strukturen der Politik, z. B. in der Schweiz, zum Einsatz zu bringen. So ist denkbar die (endgültige) Beschlussfassung wegen technischer Bedenken - wie die von E-Voting, oder: die (gesamtgesellschaftlichen) Datenschutzbedenken bezüglich der individuellen Voten - weiterhin physisch durchzuführen und die Legislative so neu zu gliedern, dass nicht feststehende 200 Nationalräte über alle Themen entscheiden, sondern themenspezifisch 200 derjenigen, die im Delegationsprozess dafür die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Es ist wahrscheinlich, dass es durch dynamisch sich ergebende Legislativen von thematisch und zeitlich beschränkter Dauer zu (mehr) Beschlüssen käme, die dem Volkswillen (zu jeder Zeit) entsprechen.

Kritisch betrachtet, bleiben aber offene Fragen bestehen, für die auch *Liquid Democracy* an und für sich keine Lösung darstellt, gerade auch, weil sie sich nicht nur die Chancen bestehender Demokratieformen zu eigen macht, sondern auch (in wesentlichen Teilen) ihre Gefahren erbt. So ist das Verhalten der Bevölkerung einer *Liquid Democracy* nicht vorauszusagen: Wird die breite Wahlbevölkerung tatsächlich partizipativ oder entscheidet sich die Masse für (zunehmend) oligarchische Strukturen? Es ist denkbar, dass die Akteure, die sich (sehr) stark politisch betätigen, auch jene sind, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Andererseits ist auch denkbar, dass sich die Masse dermassen partizipativ einsetzt, dass keine klaren (Meinungs-)Führerschaften entstehen und nur müssig zu Entscheidungen gelangt wird.

Fragen des Minderheitenschutzes bzw. grundlegender Rechte bleiben - wie bei der *direkten Demokratie* - ungeklärt. Eine *Liquid Democracy* hat das Potenzial schneller auf den Wunsch der Bevölkerung zu reagieren, so dass (überstürzte) Entscheidungen denkbar sind, die mittel- und langfristig der Gesellschaft mehr schaden als nützen - bei aller (erhöhten) *Legitimität* der Entscheide, welche eine *Liquid Democracy* mit sich bringt.

In kurzfristiger Hinsicht erscheinen auch erst die modernen westlichen Demokratien im Ansatz geeignet für eine *Liquid Democracy*, da diese für eine (volle) Entfaltung den Cyberspace benötigt - *Liquid Democracy*-Ansätze auf Papier würden vermutlich rasch zu Urformen der Demokratie verkommen, die (zu) langsam wären. Überdies bestünde die Gefahr, dass Einzelakteure von den (zu) hochschwelligten Partizipationsbedingungen in Zeit und Raum abgeschreckt würden.

In *erster* Linie erscheint es mir somit notwendig sicherzustellen, dass möglichst alle Menschen, sowohl jung als auch alt, wie auch reich und arm, gleichberechtigten Zugang zum Internet besitzen und die Fähigkeit entwickeln die *Liquid Democracy*-Werkzeuge zu verwenden. In einem *zweiten* Schritt müssen alle Menschen Zugang zu Bildung in einer Form erhalten, die ausreichend ist, dass sich zumindest jeder Bürger in einem Bereich seiner Wahl (zufriedenstellend) einbringen kann. Nur so erscheint es mir möglich, dass sich alle Menschen Teil einer hochdifferenzierten, arbeitsteiligen Gesellschaft sehen können, die für jeden auch einen - politischen - Platz anbietet; nur unter solchen Voraussetzungen erscheint mir eine Welt denkbar, die für *Liquid Democracy* eine hohe Zustimmung findet. Nichtsdestotrotz wäre es spannend, könnten (diesen Maximen näherstehende, weiterentwickelte) Länder wie Deutschland oder die Schweiz - mit ihrem basisdemokratischen Ursprung - sich (vorsichtig) auf *Liquid Democracy* zubewegen, um erste empirische Ergebnisse zu erhalten, wie sich diese in einem grösseren sozialen System bewährt.

6 Literaturverzeichnis

- [1] ANGSTER, Julia (2003): *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB.* 415-430. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- [2] BARRO, Robert (2000): Rule of Law, Democracy, and Economic Performance. In: O'Driscoll et al. (2000): *Index of Economic Freedom.* 31-50.
- [3] BARTELS, Hennig (2009): *Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung.* Berlin: Contumax-Verlag.
- [4] BOURDIEU, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheit.* 183-198. Göttingen: Schwartz.
- [5] BOURDIEU, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft.* 41-66. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- [6] BURGHARDT, Anton (1980): *Soziologie und Sozialpolitik. Ausgewählte Schriften.* 93-113. Berlin: Duncker & Humblot.
- [7] BURKART, Günter (2009): Die Inszenierung des mobilen Selbst. In: Willems, Herbert (Hg.): *Theatralisierung der Gesellschaft. Band 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose.* 203-220. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [8] BRANDT, Willy (1969): *Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969.* URL: http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel_erklaerungBrandtRegierungserklaerung1969/index.html (25.7.2011)
- [9] CCC (2011): *Kampagne gegen Wahlcomputer.* URL: <http://wahlcomputer.ccc.de/> (25.7.2011)
- [10] CROISSANT, Aurel (2002): *Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- [11] DEUTSCHER BUNDESTAG (2010): *Internet-Enquete eingesetzt.* URL: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/28851941_kw09_de_enquete/index.html (25.7.2010)
- [12] DIEKMAN, Andreas (2009): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen.* Reinbek bei Hamburg: Rowolth Taschenbuch-Verlag.
- [13] DUDAS, Stefan (2009): Wieder jemand Job verloren wegen Facebook. In: SMI-Publishing-Blog: Alles über Print- und Webpublishing. URL: <http://blog.smi.ch/2009/08/12/wieder-jemand-job-verloren-wegen-facebook/> (25.7.2011)
- [14] ENQUETE-KOMMISSION INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT (2011): 18. *Sachverständiger.* URL: <http://www.enquetebeteiligung.de/> (25.7.2011)
- [15] FORD, Bryan (2002a, Entwurf): *Delegative democracy.* URL: <http://www.brynosaurus.com/deleg/deleg.pdf> (25.7.2011)
- [16] FORD, Bryan (2002b): *Delegative Voting* [vom 21.10.2002]. URL: <http://www.brynosaurus.com/log/2002/1021-DelegativeVoting/> (25.7.2011)
- [17] GESER, Hans (1996): Auf dem Weg zur iCyberdemocracy? Auswirkungen der Computernetze auf die politische Kommunikation. In: *Sociology in Switzerland: Computer und digitale Kommunikation / Computer and Digital Communication.* Online Publikationen. URL: http://www.geser.net/intcom/t_hgeser00.pdf (25.7.2011)
- [18] GESER, Hans (2007): Die kommunale Milizverwaltung: Zukunfts- oder Auslaufmodell? In: *Sociology in Switzerland: Gemeinde- und Verwaltungssoziologie / Community and Administration.* Online Publikationen. URL: http://www.geser.net/gem/t_hgeser2.pdf (25.7.2011)
- [19] GESER, Hans / IDELI, Mustafa (2011): Ethnische Selbstorganisation Online. Digitale Diasporas zwischen Netzwerk, Gemeinschaft und politischer Organisation. In: *Sociology in Switzerland: Computer und digitale Kommunikation / Computer and Digital*

- Communication. Online Publikationen. URL: http://geser.net/intcom/t_hgeser25.pdf (25.7.2011)
- [20] GIDDENS, Anthony (2009): *Sociology. Sixth Edition*. Cambridge: Polity Press.
- [21] GREEN-ARMYTAGE, James (2010): *Voluntary delegation as the basis for a future political system*. URL: <http://www.econ.ucsb.edu/~armytage/proxy2010.pdf> (25.7.2011)
- [22] HEESSEN, Jessica (2008): Keine Freiheit ohne Privatsphäre. Wandel und Wahrung des Privaten in informationstechnisch bestimmten Lebenswelten. In: Gaycken, Sandro/Kurz, Constanze (Hg.): *1984.exe. Gesellschaftliche, politische und juristische Aspekte moderner Überwachungstechnologien*. 231-246. Bielefeld: transcript Verlag.
- [23] HEINRICHS, Johannes (2003): *Revolution der Demokratie. Eine Realutopie*. Berlin: MAAS Verlag.
- [24] INTERAKTIVE DEMOKRATIE E. V. (2001): *Verein zur Förderung des Einsatzes elektronischer Medien für demokratische Prozesse*. URL: <http://www.interaktive-demokratie.org/> (25.7.2011)
- [25] KIRCHGÄSSNER, Gebhart (2009): *Direkte Demokratie und Menschenrechte*. Discussion Paper Nr. 2009-27. St. Gallen: Universität St. Gallen.
- [26] JABBUSCH, Sebastian (2011): *Geschichte von Liquid Democracy*. URL: http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Geschichte_von_Liquid_Democracy.pdf (25.7.2011)
- [27] KOST, Andreas (2008): *Direkte Demokratie*. 30. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [28] LIQUID DEMOCRACY E.V. (2011): *Adhocracy - LiquidDemocracy*. URL: <http://wiki.liqd.net/Adhocracy> (25.7.2011)
- [29] MAIBA, Hermann (2005): Grassroots Transnational Social Movement Activism: The Case of People's Global Action. In: *Sociological Focus* (2005), Vol. 38, No. 1. 41-63.
- [30] MICHELS, Robert (1970): *Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie*. 26. Stuttgart: Kröner Verlag.
- [31] GIBBON, Dafydd (2010): Phonetik und Phonologie. In: K.-U. Carstensen et al.: *Computerlinguistik und Sprachtechnologie. Eine Einführung*. 170-213. Heidelberg: Springer.
- [32] NOVECK, Beck Simone (2005): A democracy of groups. In: *First Monday* (2005), Volume 10, Number 11. Online verfügbar, URL: <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/1289/1209> (25.7.2011)
- [33] PPI (2011): *PPInternational*. URL: <http://www.pp-international.net/> (25.7.2011)
- [34] PPS (2009): *Parteiprogramm der Piratenpartei Schweiz*. URL: <http://www.piratenpartei.ch/parteiprogramm> (25.7.2011)
- [35] PPS (2010): *Vorstandssitzung vom 02.02.2010*. URL: http://www.piratenpartei.ch/Vorstand_Protokoll_20100202 (25.7.2011)
- [36] PPS (2011): *Statuten der Piratenpartei Schweiz* [vom 11.6.2011]. URL: <http://www.piratenpartei.ch/statuten> (25.7.2011)
- [37] PROT, Jürgen (2001): *Grundkurs Soziologie. Eine Einführung für Studienanfänger*. 135-163. Berlin: Autorenverlag K. M. Scheriau.
- [38] ROTH, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Ansgar Klein et al. (Hg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. 41-64. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [39] SARCINELLI, Ulrich (2009, 2. Aufl.): *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*. 235-238. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- [40] SCHÖNHAGEN, Philomen (2004): *Soziale Kommunikation im Internet. Zur Theorie und*

- Systematik computervermittelter Kommunikation vor dem Hintergrund der Kommunikationsgeschichte.* 286. Bern: Peter Lang.
- [41] SCHMITT, Carl (1961, 3. Au/Æ.): *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus.* 34. Berlin: Duncker & Humblot.
- [42] SPECHT, Christian (2010): Zur parteiinternen Diskussion um Datenschutz im LiquidFeedback. In: Piratenleben: Ein Piratenblog aus NRW. URL: <http://cspecht.wordpress.com/2010/07/23/zur-parteiinternen-diskussion-um-datenschutz-im-liquidfeedback/> (25.7.2011)
- [43] TRAVICA, Bob (1999): *New Organizational Designs: Information Aspects.* Stamford: Ablex Publishing Corporation.
- [44] VERHULST, Jos / NIJEBOER, Arjen (2007): *Direkte Demokratie. Fakten, Argumente, Erfahrungen.* Brüssel: Democracy International. Online verfügbar, URL: <http://www.vivant-ostbelgien.org/fileadmin/Dokumente/Referendum.Verhulst.d.pdf>
- [45] WA-CH (2011): *WACH.CH Wählen und Abstimmen - bewusst und demokratisch.* URL: <http://www.wach.ch/> (25.7.2011)
- [46] WERNER, Claudia (2004): *Politikverdrossenheit - Wählerverhalten in Deutschland. Studienarbeit.* 26. München: GRIN Verlag.
- [47] ZIMMERMANN, Thomas (2004): *Open Source und Freie Software - Soziale Bewegung im virtuellen Raum?* URL: <http://www.tzimmerm.de/OSFSSozialeBewegungPubl.html> (25.7.2011)